



Krings-Brief vom 17. Februar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

am vergangenen Wochenende kam die 16. Bundesversammlung zusammen, um unseren neuen Bundespräsidenten zu wählen. Nach einem eindeutigen Wahlergebnis mit großen Mehrheiten wird der frühere Außenminister Frank-Walter Steinmeier nun ab 19. März die Nachfolge von Joachim Gauck antreten. Er wird für die kommenden fünf Jahre als Staatsoberhaupt den Bund völkerrechtlich vertreten und diese Aufgabe – dem Amtsverständnis Richard von Weizsäckers folgend – „überparteilich, aber nicht neutral und nicht meinungslos“ wahrnehmen.

Zur Eröffnung der Bundesversammlung hielt Bundestagspräsident Norbert Lammert ein starkes Plädoyer gegen die nationalistische und protektionistische Politik in den USA, in Europa und nicht zuletzt in Deutschland. „Wer Abschottung anstelle von Weltoffenheit fordert, wer sich sprichwörtlich einmauert, wer statt auf Freihandel auf Protektionismus setzt und gegenüber der Zusammenarbeit der Staaten Isolationismus predigt, wer zum Programm erklärt ‚Wir zuerst!‘, darf sich nicht wundern, wenn es ihm andere gleichtun – mit allen fatalen Nebenwirkungen für die internationalen Beziehungen, die uns aus dem 20. Jahrhundert hinreichend bekannt sein sollten.“ Lammert betonte, dass unter den Bedingungen der Globalisierung die wirklich großen Herausforderungen wie instabile Finanzmärkte, der Umgang mit weltweiten Migrationsbewegungen, der Kampf gegen Terror oder gegen den Klimawandel von den Nationalstaaten nicht allein bewältigt werden können. Zugleich verwehrte er sich gegen die Dramatisierung, wir würden in einer beunruhigenden Zeitemwende leben. Die Zukunft heute sei allenfalls unberechenbarer, weil gewachsene Einsichten und gültige Regeln immer häufiger infrage gestellt werden. Dabei haben unsere Werte keinesfalls an Gültigkeit verloren.

Norbert Lammert hat klare Worte gefunden, um nicht nur seinem Unmut gegenüber dem wachsenden Populismus in Deutschland und weltweit Ausdruck zu verleihen, sondern auch um Selbstkritik und Selbstkorrektur bei uns allen einzufordern. Ich hätte ihn auch noch lieber als Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten gewählt.

Freiheits- und Einheitsdenkmal

In seiner Rede betonte Bundestagspräsident Lammert auch die Notwendigkeit eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin. Es traf sich daher gut, dass ich in meiner ersten Sitzung als Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW einen der Initiatoren des Denkmals, den früheren kulturpolitischen Sprecher unserer Bundestagsfraktion, Günter Nooke, eingeladen habe. Wir sind als CDU-Abgeordnete aus NRW einhellig der Auffassung, dass wir in unserer Hauptstadt mit Denkmälern nicht nur dem Holocaust und den Verbrechen der Nazis gedenken sollten, sondern eben auch unserer 1989/90 in Freiheit wieder errungenen Einheit. Auch diese Sternstunden der deutschen Geschichte sollten sich in unserer Erinnerungskultur und im Bild unserer Hauptstadt spiegeln. Es ist daher erfreulich, dass in dieser Woche nun auch die Spitzen der großen Koalition sich klar zum Bau dieses Freiheits- und Einheitsdenkmals bekannt haben. Nun werden wir an die Umsetzung gehen.

Der Entwurf „Bürger in Bewegung“ des Stuttgarter Planungsbüros Milla & Partner sieht eine begehbare, leicht gewölbte Schale vor, die von den Besuchern in leichte Bewegung versetzt wird. In den Boden wird eine Inschrift eingelassen sein: „Wir sind das Volk. Wir sind ein Volk.“ Das Denkmal soll vor dem rekonstruierten Berliner Stadtschloss errichtet werden und war bereits 2007 und 2008 zweimal durch den Bundestag beschlossen worden.

Der Fall Amri im Innenausschuss

Diese Sitzungswoche hat für mich mit einer fünfstündigen Sondersitzung des Innenausschusses zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz und dem Attentäter Anis Amri begonnen. Eingeladen waren der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger, Berlins Innensenator Andreas Geisel sowie alle Präsidenten der Sicherheitsbehörden des Bundes.

Kern der Untersuchung war die Frage, ob der Attentäter Amri nicht früher hätte dingfest gemacht und in seine tunesische Heimat abgeschoben werden können. Die Frage ist meiner Meinung nach zu bejahen. Anis Amri hat mit unterschiedlichen Identitäten gelebt und hätte daher ausnahmsweise auch länger in Abschiebehaft genommen werden können. Die Schutzbehauptung von Innenminister Jäger, eine Abschiebehaft sei nur zulässig, wenn der Häftling innerhalb von drei Monaten abgeschoben werden kann, greift hier gerade nicht, da Anis Amri durch Verschleierungstaktik und den offensichtlichen Verstoß gegen die Residenzpflicht seinen Haftgrund gerade selbst zu verschulden hat. NRW-Innenminister Jäger muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass die Behörden seines Landes hier nicht alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten ergriffen haben,

um den ausreisepflichtigen Gefährder Amri zu kontrollieren. Aber wenn der NRW-Minister wirklich der Auffassung war, dass es keine rechtliche Handhabe gab, um uns vor Herrn Amri zu schützen, dann frage ich mich doch, warum er im letzten Jahr nicht die Vorschläge des Bundesinnenministers unterstützt hat, die Verhängung der Abschiebehaft zu vereinfachen und Terror-Gefährder aus dem Verkehr zu ziehen. Die Kanzlerin hat diese Woche im Gespräch mit dem tunesischen Premierminister Youssef Chahed ebenfalls noch einmal für schnellere Abschiebungen nach Tunesien geworben; die Einführung von Pässen mit Fingerabdrücken in Tunesien sollte zu einer entsprechenden Beschleunigung beitragen.

Dass der Fall auch im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) und damit von 40 Bundes- und Landes Sicherheitsbehörden behandelt und offensichtlich falsch eingeschätzt wurde, ist auch Anlass für Veränderungen in der Gefährder-Bewertung. Bundesinnenminister de Maizière hat bereits einen einheitlichen Umgang mit Gefährdern und eine bessere Koordinierung der Landes- und Bundessicherheitsbehörden gefordert und entsprechende Vorschläge gemacht.

Im Fokus bei der Aufarbeitung des Falles bleiben zurecht die Sicherheitsbehörden in NRW und deren Chef Jäger. Denn beim GTAZ handelt es sich nur um eine wichtige Kommunikationsplattform; die Zuständigkeiten und Kompetenzen der teilnehmenden Sicherheitsbehörden ändern sich dadurch nämlich nicht. Aufgrund des Aufenthaltes von Anis Amri in NRW waren die Sicherheitsbehörden vor Ort für ihn zuständig.

Auch wenn eine abschließende Bewertung bis zur Landtagwahl kaum zu erwarten ist, ist es sinnvoll, dass der Landtag NRW nun einen Untersuchungsausschuss mit dem Fall Amri einsetzen wird. Dieser kann entsprechende Gesetzeslücken identifizieren und damit das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat zurückgewinnen. Da sich Innenminister Jäger – wie auch schon bei den Vorfällen der Silvesternacht in Köln – offensichtlich seiner Verantwortung entzieht, gibt es wohl keine andere Möglichkeit, hier für entsprechende Transparenz und Klarheit zu sorgen.

Aktion Rote Hand – Kinder sind keine Soldaten

Ein weiterer Termin in dieser Woche war die „Aktion Rote Hand“ der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Mit der Aktion sollte – wie auch in den letzten Jahren – ein Zeichen gesetzt werden gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Die rote Hand steht dabei für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind weltweit immer noch 250.000 Kindersoldaten in mindestens 20 Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika als Kämpfer, Träger, Nachrichtenübermittler oder Spione im Einsatz und damit tödlichen Gefahren ausgesetzt.

Neben meinem Händeabdruck habe ich die Möglichkeit genutzt, auch die 78 roten Hände von Schülerinnen und Schülern der 8. Klasse des Hugo-Junkers-Gymnasiums in Mönchengladbach zu übergeben, die sich ebenfalls gegen den Missbrauch ihrer Altersgenossen stark machen. Ich habe mich sehr über diese Unterstützung aus meinem „Heimatgymnasium“ gefreut, denn beim Thema Kinderrechte gibt es noch viel zu tun und jede Geste ist willkommen. Vieles von dem, was wir in Deutschland für selbstverständlich halten, muss für Kinder in anderen Ländern erst noch durchgesetzt werden. Es ist gut, dass dieser traurige Fakt den Schülern bewusst gemacht wird.



Herzliche Grüße

Ihr Günter Krings



Sagen Sie mir Ihre Meinung.
Besuchen Sie mich auf facebook.

[\(hier klicken!\)](#)